Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

195 (17.7.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in uns. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 32.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 35.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 35.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 35.— monatlich. Einzelverkauf Werktags 1.50 Sonntags 2.— Mk.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— M.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 8 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 428. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 195. — Montag, den 17. Juli 1922 — Erstes Blatt.

Die Einwanderung nach Amerika.

Von Virgil Jordan.

Die Frage einer Ueberwachung der Einwanderung ist eine Lebensfrage für die Vereinigten Staaten. Das Gesetz, das die Zahl der Einwanderer auf 3 Proz. der bereits in der Union wohnhaften Angehörigen einer Nationalität beschränkt, hat bis jetzt keine der Fragen der Einwanderung zu lösen vermocht, über die man sich seit dem Jahrhundertbeginn den Kopf zerbricht. Den Kern des amerikanischen Fremdenproblems bildet die Frage der Assimilierung (Anpassung) in sozialer Hinsicht, die so lange unmöglich ist, als ein Teil der amerikanischen Arbeiterschaft infolge zu niedriger Löhne nicht in der Lage ist, sich zu dem amerikanischen Standard des Lebens zu erheben. Diese Frage versucht das jetzige Einwanderungsgesetz dadurch zu lösen, daß es die Zahl der Einwanderer aus Ost- und Südosteuropa niedrig hält, also eben der Elemente, die zu assimilieren man als schwierig gefunden hat. Die Wirksamkeit des Gesetzes in dieser Richtung ist jedoch durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten beeinträchtigt worden. Wegen der Depression in Industrie und Handel sind mehr Menschen aus Ost- und Südeuropa aus den Vereinigten Staaten abgewandert als zugewandert. Die Wirtschaftslage hat also eine stärkere Einschränkung der Zuwanderung ausgeübt, als das Gesetz es getan hat.

Die Schwierigkeiten des neuen Gesetzes gehen zurück auf die Tatsache, daß die Ueberwachung der Einwanderung erst einsetzt, wenn der Neuankömmling in Amerika eintrifft. Dies haben die großen Schiffahrtsgesellschaften benützt, um bedenkenlos große Menschenladungen über den Ozean zu schaffen, ganz gleich, ob diese Zutritt erlangen oder nicht. Deshalb hat sich die Notwendigkeit erwiesen, bereits in den europäischen Auswanderungshäfen eine gründliche Durchsicht stattfinden zu lassen, für welchen Zweck eine neue Gesetzgebung auf dem Wege ist, die vor allem seitens der humanitär interessierten Kreise betrieben wird.

Im weiteren liegen die Wirkungen des Gesetzes auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Einwanderung hat stets einen großen, wenn auch schwer festlegbaren Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse in der Union ausgeübt, und das Gesetz über die Einwanderungsbeschränkung hat zusammen mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage neuerlich zu Auseinandersetzungen darüber Anlaß gegeben, welcher Art die Kontrolle sein müsse, damit sowohl dem Bedarf der Industrie, als auch dem Schutz der inländischen Arbeiterschaft entsprochen werde.

Die amerikanische Industrie hat einen rascheren Aufschwung genommen, als ihn der inländische Geburtenzuwachs gestattete. Die 15 Millionen Menschen, die seit 1900 nach den Vereinigten Staaten zugewandert sind, haben erst die Arbeiterarmee ergeben, ohne die der Aufschwung der Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten nicht hätte erfolgen können. Im Jahre 1910 machten die im Ausland geborenen Arbeiter bereits mehr als die Hälfte aller in der Industrie Beschäftigten aus. Das bedeutete niedrigere Löhne, Industriestädte mit schlechten Lebensverhältnissen und den ganzen schlimmen Fragen der weitgetriebenen Industrialisierung; die Assimilation wurde zunehmend schwieriger, wurde überhaupt zum ersten Male vielleicht zu einem Problem. Die Gewerkschaften fingen an, sich gegen die Einwanderung zu stemmen, weil sie die Löhne drückte und die Machtstellung der organisierten Arbeiter erheblich gefährdete.

Seit 1915 hat die Einwanderung nicht mehr hingereicht, den wachsenden Bedarf für ungelernte Arbeiter zu decken. Ab 1919 hat die Zuwanderung gelernter Arbeiter zugenommen, aber an ungelernten haben mehr das Land verlassen als betreten. Von 1909 bis 1914 kamen jedes Jahr rund eine Million Einwanderer ins Land, von denen über die Hälfte von der Industrie absorbiert wurden. Die Höchstzahl derer, die aus dem Geburtenzuwachs der einheimischen Bevölkerung heraus alljährlich als neue Arbeitskräfte für die Industrie in Frage kommen, beträgt noch nicht 150 000, und das sind zum allergrößten Teil gelernte Arbeiter. Infolgedessen werden, wenn die Beschäftigung der Industrie wieder normalen Umfang annimmt, die Arbeitgeber die gewohnten Arbeiterreserven vermissen, die früher der Einwandererstrom aufgefüllt hatte, und einen für sie ungünstigen Arbeitsmarkt vor sich haben.

Von industrieller Seite wird denn auch bereits damit gerechnet, daß in zwei bis drei Jahren ein Fehlen von vielleicht 2 000 000 ungelernten Arbeitern für die amerikanische Industrie sich bemerkbar machen wird, sofern sich bis dahin die allgemeinen geschäftlichen Bedingungen weiter gebessert haben. Natürlich ist innerhalb des Landes eine große Reserve an Arbeitskräften für die Industrie vorhanden, die aus den ländlichen Distrikten herangezogen werden könnte. Solch eine Abwanderung nach den Städten aber würde eine Knappheit an Arbeitskräften für die Landwirtschaft zur Folge haben mit der weiteren Folge einer Steigerung der Nahrungsmittelpreise, die jede Steigerung der Industrielöhne illusorisch machen würde. Auf alle Fälle würde es kaum möglich sein, unter solchen Umständen die gegenwärtigen reduzierten Löhne beizubehalten, und daher wird vor allem seitens der Industriellen darauf gedrängt, die Einschränkungen der Zuwanderung aufzuheben. E.P.S.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Das Ergebnis der Sonntagsberatungen.

Berlin, 17. Juli. Die „Montagspost" berichtet über die Anregung des Zentrums, nach dem Vorbilde der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte, von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten, zu bilden. Sie bildete am Sonntag den Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Zentrumsführer Marx, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Stresemann und den beiden Demokratenführern Petersen und Koch. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war positiv. Die Frage der Arbeitsgemeinschaft wird nunmehr in den Fraktionssitzungen dieser Parteien selbst zur Beratung gestellt werden.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die reichshauptstädtische Presse beschäftigt sich lebhaft mit dem Plan einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Die Presse der äußersten Rechten ist noch zurückhaltend. Die „Deutsche Tageszeitung" bemängelt den Ausschluß der Deutschnationalen Volkspartei und damit wichtiger Berufsverbände, vor allem der Landwirtschaft, und sagt: Man müsse schon jetzt vor einer Politik warnen, die durch Ausschluß weiter bürgerlicher Kreise nicht nur ihre eigenen Träger gefährdet, sondern unter Umständen auch einen unheilvollen Riß im Bürgertum verursachen kann. — Die „Kreuzzeitung" sagt, daß der Plan die Aufmerksamkeit der Deutschnationalen Volkspartei im hohen Maße erfordere, das Blatt glaubt zu wissen, daß die bürgerlichen Parteien sich auch mit der Deutschnationalen Volkspartei beschäftigt haben, insbesondere scheine in manchen Kreisen der Deutschen Volkspartei Geneigtheit zu bestehen, mit den Deutschnationalen Fühlung zu nehmen. Im Zentrum sei dagegen die Ansicht allgemein, daß eine auch noch so lose Verbindung mit der Deutschnationalen Partei für die Demokraten eine unerträgliche Belastung darstelle. Das führende Zentrumsblatt, die „Germania", warnt, das Problem von der falschen Seite zu sehen und es so darzustellen, als ob heute die Scheidung zwischen links und rechts, zwischen Bürgerlichen und Sozialisten vorgenommen werden solle; im Gegenteil, es könnte sich eine Parteigruppierung herausstellen, die vermöge der in ihr wirksamen Kräfte sich von selbst das Gleichgewicht halten wird; das Abrutschen nach der einen oder anderen Seite verhindert und zudem die grundsätzlichen Gegner auf den extremen Flügeln isoliert.

b. **Berlin,** 17. Juli. (Eig. Drahtber.) Das Reichskabinett hielt gestern Nachmittag 5 Uhr im Reichstag eine Sitzung ab. Die durch die Anbahnung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft geschaffene innenpolitische Lage war u. a. auch Gegenstand der Beratung. Zuvor hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten.

Dr. Heintze, Präsident des Reichsgerichts.

t. **Berlin,** 16. Juli. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, entspricht die in anderen Blättern verbreitete Nachricht, wonach der frühere Außenminister Dr. Simons zum Reichsgerichtspräsidenten ernannt werden soll, nicht den Tatsachen. Zum Nachfolger des verstorbenen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Delbrück ist vielmehr der frühere volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und Reichsjustizminister Dr. Heintze in Aussicht genommen. Seine Ernennung dürfte in den nächsten Tagen erfolgen.

75 Millionen Mark zum Schutze der Republik.

Berlin, 16. Juli. Die Regierungsparteien des Reichstages haben einen Gesetzentwurf folgenden Wortlauts eingebracht: Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, der Reichsregierung für Maßnahmen zum Schutze der Republik vorläufig 75 000 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Der Rathenaumord der Plan eines Schülers.

Berlin, 17. Juli. Die Morgenblätter veröffentlichen folgende Einzelheiten über die Vorbereitungen zum Morde von Rathenau. Der Schüler Franz Stubenrauch sprach zuerst von dem Plan, Rathenau im Reichstag zu erschießen, von dem er aber auf Einwendungen Günthers wieder abkam. Am 16. Juni fand in der Wohnung des Techow zwischen Günther, Techow, Fischer und Kern eine Unterredung über den Mordplan statt, die am 20. Juni im Steglitzer Rathauskeller fortgesetzt wurde. Am Tage darauf fuhren die Genannten im Kraftwagen Küchenmeisters nach Nekolskoi und veranstalteten auf der Rückfahrt im Grunewald mit einer Pistole eine Schießübung. Es gelang ihnen, den Werner Techow für die Führung des Automobils zu gewinnen.

Erschießung eines Gendarmen bei Dortmund.

Dortmund, 16. Juli. Am Sonntag vormittag wurde am Mühlenteich im Orte Brambaur der Oberlandjäger Jakowski erschossen. Als Täter kommen die beiden berüchtigten Brüder Braß in Betracht, die in dem in der Nähe liegenden Wäldchen ein Zelt aufgeschlagen hatten und von Landjägern für die Mörder Rathenaus gehalten wurden. Das benachrichtigte Polizeibüro in Brambaur entsandte sofort den Oberlandjäger Jakowski, um die erforderlichen Feststellungen zu machen. Als dieser bei dem Zelte anlangte, wurde er erschossen. Die beiden Täter sind flüchtig.

Das Reichskriminalpolizeigesetz.

Berlin, 16. Juli. Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm heute in zweiter Lesung das Reichskriminalpolizeigesetz im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage an. Danach wird zur Bekämpfung des Verbrechertums in Berlin ein dem Reichsminister des Innern zu unterstellendes Reichskriminalpolizeiamt errichtet.

Deutschland und der Völkerbund

t. **London,** 17. Juli. Auf der Tagesordnung der unter dem Vorsitz des spanischen Botschafters in Paris, Quinones de Leono, beginnenden Sitzung des Völkerbundsrats steht die Beratung über die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund gelegentlich der nächsten Septembertagung in Genf. England hat nach einer Meldung der „Chicago Tribune" durch den englischen Botschafter in Berlin Lord d'Abernon zu verstehen gegeben, Kanzler Dr. Wirth solle sofort um Aufnahme in den Völkerbund ersuchen; man habe ihm die englische Unterstützung versprochen, wodurch die Aufnahme garantiert werde.

Der Kampf um den Kriegskribut.

Paris, 16. Juli. Der „Temps" glaubt, aufgrund von Mitteilungen seines Londoner Korrespondenten folgendes Programm für die Verhandlungen über die letzte deutsche Note an die Reparationskommission mitteilen zu können.

Erste Etappe: Die Reparationskommission werde nach dem Studium des Berichts des Garantieausschusses mit Stimmenmehrheit Deutschland das verlangte Moratorium gewähren.

Zweite Etappe: Nach dieser Beratung werden sich gegen Ende Juli die britische und die französische Regierung in London beraten, und England wird seinen Alliierten einen teilweisen oder ganzen Erlaß der bei ihm während des Krieges kontrahierten Schulden vorschlagen.

Dritte Etappe endlich: Die Bankierkonferenz werde sich aufs neue zusammenfinden, um eine Anleihe vorzubereiten.

Gegen Zahlungserleichterung.

Paris, 17. Juli. Der dem Pariser Auswärtigen Amt nahestehende „Temps" schreibt: wir rechnen damit, daß die alliierten Regierungen den neuen Forderungen Deutschlands nicht nachgeben werden. Wir sind überzeugt, daß, wenn eine der alliierten Regierungen dieses tun würde, die französische Regierung sich diesem Schwächeakt nicht anschließen würde.

*

Vom Bürgerkrieg in Irland.

London, 16. Juli. Reuter meldet aus Dublin: Die Freistaattruppen begannen heute mit dem Angriff auf das republikanische Bollwerk auf einer kleinen Insel in der Swilly-Bucht, einer früheren britischen Marinestation. Die republikanischen Stellungen wurden eingeschlossen; das Bollwerk wird von der Artillerie beschossen und einige vorgeschobene Posten sind bereits eingenommen worden. Einige heftige Explosionen im Bollwerk lassen darauf schließen, daß die Republikaner ihre Munitionsbestände vernichten, bevor sie sich übergeben. Die Regierungstruppen nahmen heute die meisten republikanischen Stellungen von Dundalk, wo ihnen wenig Widerstand entgegengesetzt wurde. Bei der Einnahme der Kasernen wurden 250 Republikaner gefangen genommen.

Polnisch-sozialistische Verhetzung im Freistaat.

(Von unserem Danziger Vertreter.)

Die wahnwitzige Ermordung Rathenaus wirft ihre Schatten auch nach Danzig. Die Linke benutzt die Untat zu einer maßlosen Hetze gegen den Danziger Senat. Bezeichnenderweise geben dabei die Mehrheitssozialisten, die hier sonst ziemlich gemäßigt sind, den Ton an.

Um den Unsinn dieser Hetze recht zu beurteilen, muß man sich die Zusammensetzung der Danziger Regierung vor Augen halten. Sie ist gewählt aus der bürgerlichen Blockmehrheit, bestehend aus Deutschnationalen, Zentrum und Deutscher Partei. Der Kern der Deutschen Partei sind die früheren Demokraten, an deren Spitze ein Keruth, der bekannte weit links gerichtete frühere freisinnige, preußische Landtagsabgeordnete und Senator Jewelowski stehen. Letzterer, ein naturalisierter Jude, ist nicht nur der einflußreichste Mann im Senat, sondern in ganz Danzig. Seine Unternehmungen reichen weit nach Polen hinein und er ist der Stinnes des Freistaates gegen den der Kommunistenführer Rahn allerdings ergebnislos, einen wütenden Kampf führte. Die Deutschnationalen sind wohl die stärkste Partei, doch sie haben im Bürgerblock nicht die Majorität. Daß bei derselben Gelegenheit die Schutzpolizei angepöbelt wird, ist natürlich; denn sie hält auf Ordnung und verhindert die Herrschaft der Gasse.

An der Verhetzung der Massen wirkt auch die kleine polnische Minderheit in Danzig weidlich mit. Sie hat ein Interesse daran, im Freistaat wirre Zustände zu schaffen, um dann sagen zu können, seht, die Danziger sind für ein eigenes Staatswesen nicht reif. — Polen allein kann der Retter sein! Das polnische Danziger Organ gefällt sich ständig darin, übertriebene Berichte aus dem Deutschen Reich zu veröffentlichen, wonach es die Lage dort grau in grau malt. Schon am 23. Juni wollte es wissen, daß Deutschland sich „am Vorabend einer inneren politischen Umwälzung befindet. Ein Zehntel der Männer Deutschlands sei zum Putschen im Innern und Kriegen nach außen entschlossen. In dem Zehntel seien alle diejenigen enthalten, welche von friedlicher Arbeit überhaupt nicht zu leben verständen, weil sie außer Soldaten spielen nichts weiter gelernt hätten usf. Wenige Tage später, unmittelbar nach Bekanntwerden der Mordtat, brachte das lügenreiche Polenblatt eine große zweispaltige Ueberschrift: „Unzweifelhafte Vorboten eines gewaltsamen Umsturzes in Deutschland." Darunter las man: „Die Meldungen aus Berlin sind nicht nur grausig und widerlich, sie sind auch charakteristisch."

Viel bemerkt wurde in diesen Tagen in Danzig eine Aeußerung des französischen Publizisten Hervé, der sich im Kriege vom ehemaligen Anarchisten und Sozialisten zum extremsten Revanchepolitiker und Militaristen mauserte. Wie die Danzig-feindliche, der Warschauer Regierung nicht fern stehende „Rzeczpospolita" mißmutig berichtete, hat Hervé anläßlich des Vertrages von Rapallo die französisch-polnische Politik einer Kritik unterzogen und bemerkt, Deutschland sei durch die Abtrennung von Ostpreußen ein großes Unrecht zugefügt. Um es wieder gutzumachen, müßte Polen auf Danzig verzichten, und ebenso auf den Korridor, der Ostpreußen von dem übrigen Deutschland trenne, wollten die Polen dieses Opfer nicht bringen, so werde Deutschland mit Rußland wieder Polen überfallen und es zerstückeln. Der Gedanke schon, nebenbei gesagt, erregt den Franzosen größtes Unbehagen. Soll doch Polen die Rückendeckung für Frankreichs Vor- u. Gewaltherrschaft in Europa sein. „Rzeczpospolita" will natürlich von Hervés wohlgemeinten Ratschlägen nichts wissen. Es meint, Deutschland sei es vielmehr um Elsaß-Lothringen zu tun. Danzig wäre angesichts des Hamburger Hafens bedeutungslos. Bisher hörte man es von Polenseite immer umgekehrt. In der Warschauer Presse wechselt man sehr schnell die Ansichten und muß man sein Leserpublikum für sehr dumm einschätzen, wenn man ihm solche Gegensätzlichkeiten bieten zu können glaubte. Die Hauptsache ist für uns, daß man auch in namhaften Rechtekreisen der deutsch-feindlichen Entente den Widersinn des Versailler Vertrages zu erkennen beginnt. Wohl macht eine Schwalbe noch keinen Sommer, aber allmählich dämmert es doch.

Die inneren Zustände des Freistaates sind wenig erquicklich. Die Streikseuche grassiert. Die Bauarbeiter liegen noch immer im Ausstand, trotz der nach Abhilfe schreienden furchtbaren Wohnungsnot. Die Arbeiter der großen Eisenbahnhauptwerkstätte feiern, weil man einen ihnen mißliebigen Kollegen einstellte. Also gröbster Terror, dazu hatten die Bäckereien mehrere Tage geschlossen, weil ihnen der Markenbrotpreis zu niedrig ist. Die technische Nothilfe griff freilich ein und der Senat beschlagnahmte einige große Betriebe, so daß der Ausstand zusammenbrach. Seit Wochen ist die Stadt ohne denaturiertem Spiritus, was viele kleine Gewerbetreibende wie die Tausende küchenlosen Untermieterfa-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

milien bitter empfinden. Von Danzigs schöner Umgegend hat man auch nichts mehr wegen der hohen Fahrpreise. Die Stimmung ist aus allen den Gründen gedrückt und man fühlt sich hier um nichts wohler als im Deutschen Reiche.

Französische Angst vor dem Zahlungsaufschub.

Paris, 16. Juli. Nach Ansicht des „Temps" würde Deutschland durch die Erlangung eines Moratoriums einen finanziellen und politischen Erfolg erzielt haben, und dann bliebe Frankreich immer noch mit seinen Schulden gegenüber England belastet. Es könnten also zwischen Lloyd George und Poincaré keine Verhandlungen auf gleichem Fuße eingeleitet werden, weil Lloyd George gegen Frankreich das Moratorium zum Siege geführt habe, während Poincaré sich gegenüber England in der Lage eines Schuldners befinde. Frankreich würde also durch einen endgiltigen Zahlungsplan gebunden sein, während Deutschland es nicht sei. Wenn Lloyd George den geplanten Erlaß der englischen Forderungen vorschlage, werde er auch verlangen, daß alle deutschen Pfänder einem internationalen Syndikat von Geldleihern ausgeliefert würden sowie, daß die militärische Besetzung baldmöglichst ein Ende nehme und eine spätere Aktion, einer oder mehrerer verbündeten Regierungen ausgeschlossen sei. Werde Frankreich ähnliche Bedingungen nicht annehmen, dann werde man ihm zu verstehen geben, daß seine Weigerung die nächste Zusammenkunft der Bankiers verhindere und werde ihm erklären, daß es die Verantwortung auf sich nehme, die Reparationsanleihe zu sabotieren. Dann müsse man von einer kleinen Anleihe sprechen, die einzig und allein die belgische Priorität decke. Dank dieser kalten und warmen Douche, also der Angebote und Bedrohungen, werde man Frankreich der Prärogative berauben, die es in Zukunft ausüben könne. — Der „Temps" sagt schließlich, daß nach seiner Ansicht aufgrund von Paragraph 13 Anhang 2 zu Artikel 234 ein Moratorium nicht durch Mehrheitsbeschluß gewährt werden könne und betont, daß ihm nichts bekannt sei, daß eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und Lloyd George schon in Aussicht genommen wäre. Wenn die Reparationskommission das Moratorium gegen die Stimmen Frankreichs bewillige, über welche Entscheidung konnten sich wohl die beiden Regierungschefs zu verständigen haben?

Oesterreichs Finanzelend.

Der österreichische Gesandte in Paris, Herr Eichhoff, hat eine Denkschrift überreicht, mit der Oesterreich vor der Tür der Reparationskommission förmlich betteln geht. Es wird darauf hingewiesen, daß Oesterreich von der Reparationskommission im Dezember vorigen Jahres die Erlaubnis erhielt, wertvolle Gobelins zu verpfänden, und daß man damals weitere Hilfsmaßnahmen in Aussicht gestellt habe. An der Ausführung des Versprechens aber hat man es bis jetzt fehlen lassen. Oesterreichs allerletzte Hoffnung ist die neue Notenbank, durch deren Errichtung man der österreichischen Währung einen letzten Halt zu geben hofft. Die Notenbank soll mit einem Kapital im Betrage von 100 Millionen Schweizer Franken ins Leben treten. 60 Millionen davon können durch österreichische Banken aufgebracht werden und auch der Rest wäre vielleicht mit ausländischer Hilfe zu beschaffen. Beides aber nur, wenn einigermaßen Sicherheit für das aufgebrachte Kapital geschaffen wird. Und hier ist der wunde Punkt. Denn alles, was Oesterreich an Sicherheit bieten kann, Zölle, Salzbergwerke, Domänen, Staatsforsten, Tabakmonopol, ist schon an Gläubiger verpfändet. Wenn die Reparationskommission nicht Gnade übt und diesen Pfandbesitz für die Sicherung dieser Notenbank freigibt, so ist Oesterreichs allerletztes Rettungsmittel in Frage gestellt. Und dann ist die österreichische Krone in kürzester Frist dem russischen Rubel gleichwertig, d. h. sie gilt nichts mehr und wird auf dem ausländischen Markte überhaupt nicht mehr in Zahlung genommen. Der Inhalt der Denkschrift soll in Paris sehr großen Eindruck gemacht haben. Damit ist natürlich noch garnichts gewonnen. Wenn sich die Reparationskommision nicht entschließt, dem österreichischen Flehen um Hilfe durch irgend eine Tat zu entsprechen, so ist das Finanzprojekt der Notenbank gescheitert. Und dann bleibt dem österreichischen Staate wirklich nichts mehr übrig, als die Liquidation mit all ihren unübersehbaren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen.

Wiener Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland.

t. **Wien**, 15. Juli. (Drahtber.) Gestern abend fand in Wien 22 von der sozialdemokratischen Fraktion einberufenen Massenversammlungen statt. In den Versammlungen erklärten die Redner, daß nur der Anschluß an Deutschland Oesterreich die Rettung bringen könnte. Der sozialdemokratische Führer Dr. Otto Bauer sagte u. a.: Wir werden in wenigen Monaten vor einer Situation stehen, die uns klar beweisen wird, daß der jetzige Bundeskanzler Seipel (Ztr.) nicht im Stande ist, uns Rettung zu bringen. In dem Stadium, in dem wir uns befinden, ist es überhaupt fraglich, ob es für Deutschösterreich überhaupt noch ein Mittel zur Rettung aus eigener Kraft gibt. Wir sind kein lebensfähiger Staat. Für uns liegt das wirkliche Heil in der Revision des Friedensvertrages und im Anschluß an Deutschland.

Deutsches Reich

Von den Reichseisenbahnen.

t. **Berlin**, 17. Juli. Halbamtlich wird mitgeteilt: Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Quaatz (D. Vp.) hat der Reichsverkehrsminister geantwortet, daß der Unterschied zwischen Betriebsausgaben und Ausgaben des außerordentlichen Etats der Reichsbahnen, die für werbende Anlagen ausgeworfen werden, den beteiligten Stellen der Regierung gegenüber sichergestellt sei. Die Reichsregierung habe sowohl gegenüber dem Garantiekomitee wie der Reparationskommission betont, daß die Anforderungen des außerordentlichen Etats für die Ausgestaltung der Reichsbahnen mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert nur zur Deckung des allerdringlichsten Bedarfs hinreichen und hinter den Aufwendungen der Vorkriegszeit um ein mehrfaches zurückbleiben.

Die Notlage der Presse.

Berlin, 16. Juli. Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages hat sich gestern mit dem Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse beschäftigt. Paragraph 4, welcher die Verteilung der Rückvergütungen an die Presse regelt, erhielt folgenden Wortlaut: Die Rückvergütung erfolgt nach der Menge des Papierverbrauches. Als Verbrauch an Papier ist nicht dasjenige in Ansatz zu bringen, das zum Abdruck von Inseraten verwandt wird. Da die Regierung erklärte, daß sie dem Grundgedanken dieses Antrages vollkommen zustimme, wurde davon abgesehen, über den Umfang der Zeitungen, die als rückvergütungsberechtigt anzusehen seien, nähere Bestimmungen zu treffen oder die Höhe der Rückvergütungen je nach der Menge des verbrauchten Papiers gesetzlich festzulegen. Sodann wurde auf Antrag der hierbei erstmals in Erscheinung tretenden Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien beschlossen, daß das Gesetz nicht am 31. März 1923, wie die Regierungsvorlage vorsieht, sondern erst am 31. April 1924 außer Kraft tritt.

Unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet.

Kiel, 17. Juli. Unter dem Verdacht des Landesverrats im Zusammenhang mit den Waffenfunden im Marinearsenal ist auf Anordnung des Oberreichsanwaltes in Leipzig der Kieler Arbeiter Heinrich Bock verhaftet worden. Die Festnahme erfolgte, weil Bock der Kontrollkommission der Verbandsmächte noch andere wichtige Mitteilungen gemacht haben soll.

Badische Politik

Tagesordnung der Landtagssitzung

vom Montag, den 17. Juli 1922, nachmittags halb 4 Uhr. Beantwortung der Anfragen der Abgeordneten Freidhof und Gen., antisemitische Agitation betr., Wilser und Gen., die Vorgänge am 27. Juni 1922 in Karlsruhe betr. D. Mayer-Karlsruhe und Gen., die Veröffentlichung der Unterlagen für einen Geheimbericht betr., den das stellvertretende Generalkommando 14. A.K. im vierten Kriegsjahr an das Kriegsministerium erstattete. Dr. Schofer und Gen., Ausschreitungen aus Anlaß des Rathenaumordes betr. Dr. Mattes und Gen., Maßregeln gegen die Vernichtung und Bedrohung von Leben und Eigentum, von persönlicher und Versammlungsfreiheit betr.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Aenderung des Landesgesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung. Berichterstatter Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe. Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über Gesuche.

Abg. Mager.

t. **Heidelberg**, 17. Juli. Landtagsabg. L. Mager hat dem Präsidenten des Bad. Landtags mitgeteilt, daß er bis zur endgültigen Erledigung seiner Klage (Berufung) gegen den Chefredakteur des „Heidelberger Tagbl." Dr. Pfeffer den Landtagssitzungen nicht beiwohnen werde. Ferner hat Abg. Mager dem Vorstand des Bezirksvereins Heidelberg der deutschnationalen Volkspartei gebeten, ihn bis zur endgültigen Entscheidung in seiner Prozeßsache von den Geschäften des 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Heidelberg zu entbinden. Der Vorstand hat diesem Wunsche entsprochen.

Eine Erwiderung der Postbeamten zu den Sparmaßnahmen.

Aus Postbeamtenkreisen wird uns geschrieben:

Auf die in fast allen Zeitungen erschienene Auslassung des Sparkommissars Postrat Rindsland, wonach die Sparmaßnahmen der Postverwaltung infolge der Arbeitsunlust der Postbeamten undurchführbar seien, muß folgendes erwidert werden:

Die Arbeitsunlust der Beamten der Postverwaltung ist tatsächlich vorhanden und sie wird auch — wie es von den berufenen Organisationsführern längst vorausgesehen und bei jeder Gelegenheit betont wurde — von Tag zu Tag steigen. Die Ursache liegt einzig und allein in der unerhörten Zurücksetzung der Postbeamten der unteren und insbesondere der mittleren Gruppen hinter gleichartigen Beamten aller übrigen Verwaltungen und zwar bei der Einstufung, Besoldung und bei der gesamten Behandlung durch ihre Verwaltung. Bei keiner Verwaltung befinden sich heute noch Beamte im 40. Lebensjahr mit dem Einjährigen-Zeugnis und schwieriger Fachprüfung in Besoldungsgruppe VI, bei der Postverwaltung dagegen noch über 20 000, und zwar ohne jede Aussicht, herauszukommen. Wenn der Reichspostminister selbst — wie er es nach einem Aufsatz in der „Deutschen Postzeitung" Nr. 22, Jahrgang 1922, Seite 234 (Frankfurt) tat — statt zu helfen, seine Ohnmacht selbst zugibt, indem er den Organisationsvertretern erklärte: „. . . da kann ich nichts machen. Dann sind die Postbeamten eben erregt und die Postverwaltung muß den Schaden tragen . . .", trotzdem er seiner Zeit die Behandlung der Post-Zivilanwärter-Beamten selbst als hundsgemein bezeichnet hat, so wird sich die Allgemeinheit aber darauf einstellen müssen, diesen Schaden solange zu tragen, bis sich die Volksvertreter endlich bereit finden, den degradierten Postbeamten wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Badisch-pfälzischer Zimmermeistertag.

t. **Karlsruhe**, 17. Juli. Am Samstag und Sonntag fand hier die zahlreich besuchte zweite Landestagung des badisch-pfälzischen Zimmermeisterverbandes statt, eingeleitet mit der 24. Generalversammlung des Verbandes badisch-pfälzischer Zimmermeister am Samstag nachmittag. Diese Generalversammlung befaßte sich in der Hauptsache mit geschäftlichen Angelegenheiten. Der erste Vorsitzende, Franz Ambs-Freiburg, eröffnete die Versammlung und begrüßte die in großer Zahl von auswärts erschienenen Kollegen. Syndikus Schlöder berichtete danach über die Entwicklung des Verbandes und stellte fest, daß der allergrößte Teil der Zimmermeister Badens und der Pfalz der Organisation angehören, die sich in steter Aufwärtsbewegung befindet und bei den Behörden manche Wünsche des Zimmermeisterhandwerks durchgesetzt hat. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Freiburg bestimmt.

Ein sehr gut verlaufenes Festbankett, um dessen Gelingen sich Zimmermeister Hermann Metzger besonders verdient gemacht hatte, schloß sich an die Samstagnachmittag-Verhandlungen an. Der Kolosseumssaal war dicht besetzt als die „Harmoniekapelle Knielingen" unter der flotten und sicheren Leitung des Kapellmeisters Möller die Veranstaltung eröffnete. Ein reichhaltiges und unterhaltsames Programm wickelte sich dann in rascher Folge ab. Zunächst erfreute Fräulein Metzger, Schülerin von Kammersänger Büttner und Tochter des Vorstandsmitglieds Herm. Metzger, mit Liedern von Brahms, Thomas und Weckerlin. Die junge Dame verfügt über einen sympatischen Sopran und ausdrucksvollen, dramatischen Vortrag. Die Stimme, sorgsam gebildet, ist umfangreich, von weichem Timbre, der gesamte Vortrag vielversprechend. Die Zuhörerschaft dankte für jedes einzelne der dargebotenen Lieder mit herzlichem Beifall. Gleich allgemein befriedigende Leistungen bot Konzertsänger Hermann Müller mit zwei Gesängen von Löwe und einem Lied von Bohm; sein warmansprechender Bariton und schöner Vortrag vereinten sich auch hier in glücklicher Weise. Nicht minder beifällig aufgenommen wurden die Vorträge des „Postalia-Quartetts", das sich im Laufe des Abends noch ein zweites Mal hören lassen mußte. Mit einigen Tänzen errang sich Selma Mangel allgemeinen, lebhaften Beifall, der natürlich auch den humoristischen Vorträgen der Herren Luger, dessen Bauchredekunst schon oft gerühmt worden ist, Willi Eder und Otto Walder mit ihren zwerchfellerschütternden Kuplets in reichem Maße gespendet wurde. — Im Laufe des Abends wurde einem der Senioren des badischen Zimmerhandwerks, Zimmermeister Jakob Friedr. Nagel, vom Lieferungsverband Karlsruher Zimmermeister, die Ehrenmitgliedschaft verliehen. 1. Vorsitzender K. Messang, der die Teilnehmer am Bankett begrüßt und um das Zustandekommen des Verbandstags sich selbst große Verdienste erworben hat, überreichte Herrn Nagel dabei ein Ehrengeschenk und rühmte seine Freudigkeit in der Arbeit und in der Organisation. — Mit einem Ball, bei dem die gutgeschulte, 27 Mann starke Harmoniekapelle Knielingen unermüdlich ihre Weisen erklingen ließ, fand das Bankett sein Ende.

Zu dem am Sonntag vormittag dann beginnenden zweiten Zimmermeistertag hatten sich Vertreter der Regierung, der Stadtverwaltung, der Handwerkskammern Karlsruhe, Mannheim und Freiburg, verschiedener Handwerkerorganisationen, ferner Vertreter des Foschungsinstituts für rationelle Betriebsführung, des Gewerbeaufsichtsamts, des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, des schweizerischen und des württembergischen Zimmermeisterverbandes und der Presse eingefunden; zugegen waren ferner Bundespräsident Eckardt-Kassel und Land-

Theater und Musik

„Apachen" heißt die dieswöchentliche Neuheit, die Direktor Steffter im Karlsruher Konzerthaus am Samstag, abermals mit durchschlagendem Erfolg, herausgebracht hat. Die Besonderheit des Textes allein schon läßt der Annahme Raum, daß mit diesem Werk der Wiener Verfasser Benatzky und Welleminsky der Saisonschlager gefunden ist. Bezeichnet man die neuitalienische Oper als Verismo, hier ist die Gattung eines Verimissimo erreicht. Die schmalzige Glorifizierung Pariser Verbrechertums in höchst gefährlicher Koketterie mit dem kommunistischen Manifest (für unreife Hörer — die andern nehmen es als Varietégroteske nur ärgerlich hin —) wird in einer Kreuzung von Kolportageroman und Kino letzter Güte zum Thema des Werkes gemacht. Es rast der Publikus und hat sein Opfer. Wir sind des vergeblichen Kampfes mit dem lebensgefährlichen Kitsch müde und lassen daher ohnmächtig den modernen Rinaldo Rinaldini seinen weibgeliebten Weg ziehen, lassen auch das höllisch fälschende Dirnenlied, das zotige Couplet des 2. Aktes samt dem entrissenen Monna Vanna-Mantel die wohlverdienten Beifallsstürme einheimsen. Der Inhalt der Operette ist kurz etwa der: Der Apachenkönig Romain Tierce, ein Edeldieb und Frauenverzehrer, verführt die Sardinenfabrikantengattin Gladis und zieht sich damit den Haß der berufsmäßigen Apachengeliebten Lallage zu. Es wird indessen nicht gefährlich für den Zuhälterhelden. Zwar wird er nach mehrfacher Düpierung der übernatürlich törichten Polizei nach einem besonders gelungenen Diebes- und Liebesstück (Inhalt des 2. Aktes) schließlich in dem historisch gewordenen Fort Chabrol belagert. Aber daraus entkommt er mit seinen zwei Geliebten und dem Apachenhusenfreund, weil die Pariser Polizei offenbar noch blöder ist als die Zumutung an die Hörer. — Die Musik ist in gewandter, entschieden fesselnder Tonmalerei mit bewußter Bizarrerie ebenfalls Verissimo, von dramatischem Schmiß, in den Liedern und Couplets von wirkungssicherer Banalität. Der Erfolg ist bei der in Musik und Text modernoperettig üblichen Mischung von falschem Pathos und falscher Sentimentalität unausbleiblich, die Verbildung so weit vorgeschritten, daß eine Genesung nicht mehr erwartet werden kann. Eine ernste Kritik bisse auf den Granit einer nicht mehr erziehbaren oder erziehungswilligen Menge.

Die Aufführung selbst war sehr unterhaltend und tat das Menschenmögliche, mit wenigen Leuten eine große „mondäne" Gesellschaft und eine tanzende Räuberbande zu agieren. Der Operettenedelgaunerfürst hatte einen berückend gestreiften Schal über seinem bezylinderten Gesellschaftsanzug an, der allein schon den Erfolg verbürgt hätte, wenn Herr Schütt auch nicht so flott gespielt und so gut gesungen hätte, wie es tatsächlich der Fall war. Es ist zu befürchten, daß er sich die Liebe von allzuvielen Kinostammgästinnen zugezogen hat. Einen im Wust des Schwindels erheiternden Typ bedeutete der Sardinen-, Tomaten- und Bouillongroßhändler Gottlieb Gehrock (auf französisch: Theophil Redingote). Herr Nora fand dafür ein überwältigend trockenhumoriges Spiel. Gladis, die „mondäne" Geliebte des Apachenkönigs, wurde von Frl. Doree hübsch und anmutig, die demimondäne oder besser quartmondäne Geliebte Lallage von Frl. Janowitz carmenrassig und temperamentvoll verkörpert. Das Orchester unter Herrn Bunten wurde der Partitur gerecht, der Chor versuchte in lobenswertem Eifer die notwendige Fülle hervorzurufen. Der Beifall war knallend. Die Apachen haben ins Publikumherz getroffen. Auch der Direktor wurde vor die, schon jetzt nach wenigen Vorstellungen blumengeschmückte, Rampe zitiert. Wie schwer setzen sich dagegen Kunstwerk und Künstler durch, die Ewigkeitszüge tragen! —o.

Kunst und Wissenschaft

Große Kunstausstellung Karlsruhe 1923. Wie schon berichtet, wird eine große Deutsche Kunstausstellung für freie und angewandte Kunst vom Mai bis Oktober 1923 in Karlsruhe unter Mitwirkung der Allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft stattfinden. Ohne Rücksicht auf die verschiedenen Kunstrichtungen soll die ganze deutsche Künstlerschaft zur Beteiligung aufgerufen werden und es darf daher erwartet werden, daß diese Ausstellung einen Markstein deutscher Kunst und deutschen Kunsthandwerks bilden wird. In Erkenntnis der großen Bedeutung dieser Veranstaltung haben denn auch Staat und Stadt sowie Private weitgehende Förderung und Unterstützung zugesagt. Aber nicht nur für Baden, sondern für das ganze Reich ist eine Schaustellung der besten Werke deutscher Kunst in der südwestlichen Grenzmark gerade an dieser Stelle von hohem Werte.

Das vor dem Krieg errichtete Ausstellungsgebäude auf dem Festplatz, wird aus diesem Anlaß erstmals seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt und mit erheblichem Aufwand entsprechend ausgestattet werden. Vor Wochen schon wurde von einer allgemeinen Künstlerversammlung im Karlsruher Künstlerhaus die Ausstellungsleitung ernannt und zu deren Vorsitzenden Oberbaurat Prof. Dr. H. Billing einstimmig gewählt. Die Bildung von Kommissionen zur Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben und weitere Vorbereitungsarbeiten sind in vollem Gange. Für Werbezwecke ist ein künstlerisch ausgestattetes Plakat für badische Künstler ausgeschrieben, wofür an Preisen insgesamt 10 000 ℳ ausgesetzt wurden. — Seit 20 Jahren hat die Stadt Karlsruhe keine Veranstaltung von gleicher Bedeutung zu verzeichnen, möge der Ausstellung 1923 der Erfolg beschieden sein!

Steiner und die Naturwissenschaft. Ueber dieses Thema spricht im Juliheft der „Deutschen Revue" (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart) der bekannte Physiker und Nobelpreisträger M. von Laue-Berlin, indem er sich mit Steiner auseinandergesetzt. Laue geht von dem Buch des Prof. Wohlbold-München „Vom Lebenswerk Rudolf Steiners" aus, der mit schweren Anklagen gegen die heutige Naturwissenschaft anhebt. Sie soll schuldig an der Weltkrisis sein, ihre Rettung in der „Vergeistigung" der Steiner'schen Naturwissenschaft liegen.

Laue wirft die Frage auf, ob die Naturwissenschaften wirklich für den Gang der Geschichte allein oder teilweise verantwortlich sind, ob aus ihnen die Triebkräfte stammen, die die Völkerschicksale bestimmt haben. Er bejaht sie insofern, als die Denkart des heutigen Menschen durch die Ergebnisse der Naturwissenschaft zweifellos beeinflußt sei — aber, fügt er hinzu, die Weltanschauung ist nicht naturwissenschaftlich, sondern materialistisch, die das heutige Unheil über die Menschen gebracht hat. Durch die Verknüpfung des Religiösen mit dem Mythologischen ist im Bewußtsein der breiten Massen auch das Religiöse in Mißkredit geraten. Hier entsteht die Lücke, der Mangel an Seeleninhalt. Zusammengefaßt wendet Steiner sich nicht gegen den Inhalt der Naturwissenschaften, sondern gegen die von ihr, wie er glaubt, herbeigeführte Weltanschauung.

Laue kommt sodann auf Steiners Schrift „Unsere atlantischen Vorfahren" zu sprechen, wobei er ihm wissenschaftlich direkte Unrichtigkeiten nachweist und seinem okkulten Erkenntnisvermögen die Wege zur Berichtigung weist. Nicht weniger scharf geht Laue mit Steiners Buch „Die Geheimwissenschaft im Umriß" ins Gericht und bezweifelt, ob Herrn Steiner der Unterschied zwischen einer Benennung und einer Erkenntnis überhaupt klar ist.

„Man macht daher leicht auf den Uneingeweihten, der sich von der Tatsächlichkeit einer besonderen Geisteswelt noch nicht durch eigene Erfahrung überzeugen kann, den Eindruck eines Phantasten, wenn nicht einen noch schlimmeren" — so schließt Laue, Steiner selbst zitierend („Unsere atlantischen Vorfahren", Seite 5) und überläßt dadurch das letzte Wort nicht nur dem Beschuldigten, sondern auch das Endurteil dem Leser. Dieses zu fällen dürfte nach den sachlich und wissenschaftlich gehaltenen Ausführungen nicht schwer fallen. — r.

Neue Ausgrabungen in Aegypten. Bei den Ausgrabungen, welche amerikanische Archäologen im letzten Winter im Niltale vorgenommen haben, wurde, wie die „Umschau" berichtet, in der Umgebung von Theben ein sehr alter Tempel freigelegt, der aus der Zeit der zweiten Dynastie des alten Reiches stammt. Zwei Brunnenöffnungen standen mit zwei unterirdischen Grabkammern in Verbindung, in denen sich die Sarkophage zweier ägyptischer Prinzessinnen befanden. Diese waren, wie die Grabinschriften besagen, die Perlen des Harems eines mächtigen Pharaos, Mentuhotep, der 3000 Jahre vor Beginn unserer Zeitrechnung lebte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

tagsabgeordneter Fischer-Freiburg. Nachdem Vorsitzender Ambs die Erschienenen begrüßt und erklärt hatte, die Zimmermeister hielten treu zur Reichsverfassung und seien bereit am Wiederaufbau mitzuwirken, sprach namens der bad. Regierung, von der die Ministerien der Finanzen, des Unterrichts und der Arbeit Vertreter entsandt hatten, Ministerialrat Dr. Hirsch und wies dabei besonders auf die Bedeutung des Zimmermeisterhandwerks beim Wohnungsbau hin.

Hierauf hörte die Versammlung zwei fachtechnische Vorträge: Prof. Dr. Gaber von der Techn. Hochschule Karlsruhe sprach über „Die Zimmermeister im Fortschritt der technischen Wissenschaft", wobei er u. a. betonte, daß das Eisen rar geworden und dem Holz größere Bedeutung als bisher zukomme. Baden und die Pfalz seien in der glücklichen Lage, großen Holzreichtum zu besitzen. Die politische Lage zwingt uns, zum Holzbau zurückzukehren, wobei aber die technischen Errungenschaften manchem Althergebrachten vorzuziehen sind. Die Einfachheit wird im Bauen wieder Platz greifen müssen; daß dabei die Kunst vielfach zu kurz kommt, ist bedauerlich, läßt sich aber nicht vermeiden. Danach sprach Zimmermeister K. Fischer-Konstanz über Treppenbau, und Syndikus Schlöder verbreitete sich über die Kapital- und Kreditnot im Zimmergewerbe. — Der Rest des Sonntags war dem gemütlichen Beisammensein gewidmet.

Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen wurde der Stadtgarten besucht, nachdem die Damen der Versammlungsteilnehmer in den Vormittagsstunden die Stadt besichtigt hatten. Eine Hafenrundfahrt, die sich bis Maxau ausdehnt, beschließt heute die in allen ihren Teilen wohlgelungen verlaufene Tagung.

Aus Baden

a. **Weinheim**, 16. Juli. Auf dem 342 Meter hohen Geiersberge zwischen hier und Lützelsachsen wurde heute nachmittag vom Gemeinnützigen Verein Lützelsachsen und der dortigen Ortsgruppe des Odenwaldklubs der neu errichtete Pavillon an Stelle des alten durch Bubenhände zerstörten Aussichtsturmes anläßlich eines Waldfestes eingeweiht und der Oeffentlichkeit zur Benützung übergeben. Die Erbauer erwarten den Schutz des Publikums für die mit erheblichen Kosten errichtete neue Anlage.

= **Baden-Baden**, 16. Juli. Als ein von Sinzheim kommendes Auto ein von Winden kommendes Kuhgespann überholen wollte, rannte die Kuh, durch ein zweites Auto aufgeschreckt, direkt in das Auto und wurde überfahren. Der Bauer kam zu Fall, wurde, nachdem ihm das eine Hinterrad des Autos über die rechte Schulter gegangen war, bewußtlos hinweggeschafft, während die Kuh nur noch tot unter den Rädern hervorgezogen werden konnte. Den Autobesitzer trifft keine Schuld, doch will er für den Schaden aufkommen.

t. **Baden-Baden**, 17. Juli. Im Alter von 58 Jahren ist Kommerzienrat Dr. Carl Netter, der Ehrenbürger der Stadt Bühl, gestorben. Der Verstorbene war ein großer Wohltäter und hat besonders seiner Heimatstadt Bühl reichliche Zuwendungen gemacht, die ihn deshalb zu ihrem Ehrenbürger ernannte.

Rohrdorf, 15. Juli. Das dreijährige Kind des Korbmachers Ottwie entzündete beim Spielen mit Zündhölzer das Bett. Das Kind erlitt derartige Brandwunden, daß es starb.

= **Stühlingen**, 15. Juli. In Beggingen wurde kürzlich ein alemannisches Grab gefunden. In ca. 80 cm Tiefe fand man ein Skelett in liegender Stellung mit Blick nach Osten. Dabei lagen einige gut erhaltene Pfeilspitzen, zu Füßen ein ansehnliches Schwert, ein Messer und eine Anzahl Eisenplättchen mit Kupfernieten, die wohl als Beschläge eines Schildes anzusehen sind. Wahrscheinlich handelt es sich um das Grab eines alemannischen Kriegers. Es dürfte sich um eine größere Anlage handeln.

Aus dem Stadtkreise

Das Jubiläum des Musikvereins Harmonie.

wurde am Samstag in würdiger und eindrucksvoller Weise begangen. Der Vorstand Verwaltungsoberinspektor Böhringer konnte in einer launigen, die Geschicke des Vereins aber markante heraushebenden Rede die Zuhörer die Entwicklung miterleben lassen. Die Kapelle ist aus der Schülerkapelle hervorgegangen und hatte ihre Heimat im Pfannenstiel. Das erste Probelokal der „Alte Fritz" brannte ab. Damals wurde das Emporblühen des Vereins nicht zuletzt dadurch gehemmt, daß die Nachbarschaft sich durch den „musikalischen Lärm" gestört fühlte und besonders die große Trommel als störend empfand, deren „klirrende Töne" sie kritisierte. 1909 war der erste Abschnitt beendet. Schon bei dem Musikwettstreit in Ottenhöfen hatte die Kapelle glänzend abgeschnitten, obwohl einige der Ausübenden noch in ausgeliehenen Konfirmandenhosen auftraten. Man enthielt ihr aber den ersten Platz vor, der ihr gebührt hätte. In Kappelwindeck errang sie jedoch einwandfrei den ersten Preis. Der Krieg riß große Lücken in den Orchesterkörper, die nun wieder geschlossen seien. Jetzt steht die Kapelle in der dritten Stufe der Entwicklung. Sie kann heute als ein Beispiel dafür gelten, was rastlose und zähe Arbeit vermag. Unter der hingebenden und erfolgreichen Arbeit ihres Leiters Rudolph huldigt sie heute noch dem Idealismus und erfüllt eine Kulturaufgabe.

Herrn Rudolph wurde der Ehrenbrief des Vereins und ein Lorbeerkranz überreicht. Außerdem erhielt er noch manches Blumengebinde. Für seine verdienstvolle Arbeit um den Verein wurde Herr Böhringer ebenfalls mit Ehrenbrief und Geschenk erfreut. Außerdem wurden seine Verdienste noch durch Rechtsanwalt Heinsheimer, den Vorstand des Arbeiterbildungsvereins, der zur Harmonie in innigen Beziehungen steht, in das richtige Licht gerückt.

Auch der Musikverein Wintertur befand sich unter den zahlreichen Gratulanten von auswärts. Weiter seien der Billklub Karlsruhe und die Feuerwehrkapelle erwähnt.

Den Ehrenbrief für langjährige treue Mitgliedschaft erhielten: Karl Adam, Eisenbahnassistent, Franz Baier, Lokomotivführer, Karl Böhringer, Werkmeister, Karl Böhringer, Verwaltungsoberinspektor, Hans Böhringer, Kaufmann, Friedrich Bäuerle, Schneidermeister, Wilhelm Dollmetsch, Marketeurmeister, Albert Ebbecke, Verwaltungsinspektor, Friedr. Förster, Schneider, Ludwig Graser, Säger, Josef Gröbel, Techniker, Karl Günther, Fabrikant, Otto Gorenflo, Magazinier, Rechtsanwalt Otto Heinsheimer, Hermann Hähnel, Kaufmann, Christian Hipp, Schreinermeister, Heinrich Janson, Zugmeister, Ernst Kammerer, Kaufmann, Johann Kaufmann, Obermaschinist, Georg König, Schlosser, Wilh. Langenbein, Elektrotechniker, Erwin Mayer, Mechaniker, Christian Meier, O.-Postschaffner a. D., Karl Meier, Kaufmann, Oskar Meier, Schlosser, Heinrich Merkel, Schmied, Karl Mußgnug, Kaufmann, Jakob Mußgnug, Dreher, Hugo Reichwein, Eisenbahnsekretär, Ernst Rothenhöfer, Vers.-Beamter, Hugo Rudolph, Tel.-Sekretär, Xaver Rümmele, Leichenträger, Georg Schadt, Schneidermeister, Georg Schadt jr., Schneider, Max Schadt, Schneider, Ferdinand Scherfling, Gruppenführer, Heinrich Siegel, Küfer, Josef Schildhorn, Finanzsekretär, Serv. Schmieder, Zimmermann, Max Schneider, Papierwarenhändler, Franz Tafel, Musikalienhändler, Ambros Thoma, Kohlenhändler, Heinrich Wilhelm, Lackier, Fritz Winkler, Kunstmaler, August Wolter Mechaniker, Johann Zimmermann, Schreiner, August Zimmermann, Angestellter.

Das Konzert selbst war durchweg künstlerisch angelegt und durchgeführt. Herr Dr. Brückner spielte mit fabelhafter Technik und tiefer Beseelung Beethovens unvergleichliches Konzert in D-Dur mit Orchesterbegleitung und errang sich stürmischen Beifall. Das Ruzeckſche Doppelquartett sang unter verständnisvoller Leitung des Herrn Karl Stehlin, teilweise von einem Hornquartett begleitet, äußerst stimmungsvoll und packend und bewies so wieder seine ausgezeichnete Schulung und Tradition. Als Begleiter bewährte sich Herr Lüttgers. Das Orchester unter seinem Leiter Rudolph bot aufs neue glänzende Proben des Bläser- und Streicherkörpers, die lebhaft anerkannt wurden. In schöner Herausarbeitung von Themen und Details konnte sie von der skizzierten Arbeit überzeugen, die hier geleistet wird. An das Konzert schloß sich ein Ball.

Die Stadt Karlsruhe ließ dem Verein während des Konzerts im Stadtgarten am Sonntag einen Lorbeerkranz überreichen. Die Veranstaltung gereicht Veranstaltern wie Ausführenden zu hoher Ehre.

Auswärtige Erfolge Karlsruher Schützen.

Einen glänzenden Erfolg errangen die Schützen der Karlsruher Schützengesellschaft beim Württembergischen Landesschießen in Schwenningen trotz gewaltiger Konkurrenz.

Auf zwei Festscheiben von vier aufgestellten fiel jeweils der 1. Preis nach Karlsruhe (Jagd und Pistole mit 33 bezw. 43 Ringen).

Auf der Standfestscheibe errang Karlsruhe mit einem 645 Teiler den 3. Preis insgesamt fielen auf dieser Scheibe 21 Preise nach Karlsruhe.

Auf der Standmeisterscheibe steht Karlsruhe mit 57 Ringen an 2. Stelle (Ringzahl gleich wie erste Stelle) mit 55 bezw. 53 an 9. und 22. Stelle.

Außerdem wurden noch mehrere Blättchen- und andere Preise errungen, die bis jetzt noch nicht festgestellt sind.

Diese Resultate müssen in Anbetracht der starken Konkurrenz (500 Schützen) und der ungünstigen Schießverhältnisse als glänzend bezeichnet werden. Sehr erfreulich auch deshalb, weil die Preisträger zum überaus größten Teil Jungschützen sind.

Nicht nur die guten Schießresultate wurden in Schwenningen allgemein anerkannt, sondern auch das schneidige Auftreten beim Festzug in der schmucken Uniform unserer Gesellschaft. Erfreulich war es auch für unsere Schützen, aus dem Munde berufener auswärtiger Teilnehmer an unseren letzjährigen Jubiläumsschießen und diesjährigen Meisterschaftsschießen zu hören, daß diese Veranstaltungen in jeder Beziehung mustergiltig und vorbildlich durchgeführt wurden.

Möge der gute Geist und frische Zug in der Gesellschaft recht lange erhalten bleiben zum Wohle und Ansehen derselben und der Hauptstadt Karlsruhe.

*

Wunderliche Launen des Wetters dachte wohl mancher am gestrigen Sonntag. Schwere schwarze Regenwolken eilten über das Land hinweg, ab und zu einen kurzen Regenschauer über die Stadt ergießend, ein kühler unfreundlicher Wind blies durch die Straßen, fast herbstlich mutete das Wetter an; nicht im Juli, wie der Kalender lehrt, einer der heißesten Monate des Jahres, glaubte man zu sein, sondern man fühlte sich ins Spätjahr versetzt, hätte uns nicht das saftige Grün in der Natur eines andern belehrt. Aber mochten auch die beiden Musikvereine aus Kehl und Muggensturm, die gestern anläßlich des 25jährigen Bestehens des Musikvereins „Harmonie" in unserer Stadt weilten, mit den Wettermachern offenbar auf schlechtem Fuße stehen, so standen sie mit der holden Frau Musika auf umso besserem. Schon die Platzkonzerte am Mittag hatten eine zahlreiche Zuhörermenge herbeigelockt. Was die beiden Vereine und die „Harmonie" dann am Nachmittag boten, teils einzeln, teils zusammen, war ausgezeichnet. Wohl nicht ohne Schuld des Wetters wies der Stadtgarten namentlich bei dem Konzert am Abend, dessen Programm von der Harmoniekapelle unter der bewährten Leitung ihres Dirigenten bestritten wurde, nicht den gewohnten Massenbesuch auf. Eine bengalische Beleuchtung des Sees und seiner Ufer ließ den Zuschauer seinen lieben Stadtgartensee und die Umgebung in ganz romantischem Licht erscheinen.

Telegraphisten-Wettstreit. In diesen Tagen findet bei allen größeren deutschen Telegraphenämtern ein Telegraphisten-Wettstreit statt. Er hat u. a. den Zweck, die Telegraphenbeamten zur Entfaltung eines dem Dienst zugute kommenden Wetteifers anzuspornen und ihre Telegraphierfertigkeit — sowohl was die Schnelligkeit als auch was die Sicherheit des Arbeitens anbetrifft — zu erhöhen. Es werden Wettbewerbe abgehalten im Geben mit der Morse- oder Klopfertaste, im Aufnehmen am Morseschreiber oder Klopfer und im Aufnehmen von Funktelegrammen, im Geben mit dem Hughesapparat und mit dem Fünftastensender des Baudotapparats, sowie im Stanzen von Telegrammen mit dem Siemensstanzenlocher und mit dem Klöppellocher des Wheatstoneapparates. Der jetzige Wettstreit ist ein Vorläufer des in der Zeit vom 18. bis 21. August in Berlin stattfindenden 3. internationalen Telegraphisten-Wettstreits, bei dem sich die deutschen Telegraphenbeamten, die jetzt die höchsten Leistungen aufweisen werden, mit den besten Telegraphisten fast aller europäischen Länder auf dem Felde ihrer Berufstätigkeit messen werden. Die Beteiligung der Beamten am deutschen Telegraphisten-Wettstreit ist recht groß. Ueber den Ausgang dieses Wettstreits und über den Verlauf des internationalen Wettstreits, zu dem bereits viele Anmeldungen aus dem Auslande vorliegen, werden wir weitere Mitteilung bringen.

Unfälle. Am 13. Juli d. J. erlitt ein lediger Schlosser in der Hauptwerkstätte der Reichs-Eisenbahn dadurch einen Unfall, daß er beim Tragen einer Eisenplatte ausrutschte und sich eine Rückenmarkerschütterung zuzog. Der Verletzte fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus. — Am 15. Juli erlitt ein Fuhrmann beim Schützenhaus dadurch einen Unfall, daß er beim Besteigen seines mit Schutt beladenen Wagens durch das plötzliche Anziehen des Pferdes zu Fall kam. Er geriet unter den Wagen und trug links einen komplizierten Unterschenkelbruch davon. Der Verletzte wurde ebenfalls nach dem Städt. Krankenhaus gebracht.

Erschwerte Körperverletzung. Am 15. Juli d. [illegible] vorausgegangenem Wortwechsel vor einer Wirtschaft in Mühlburg mehrere Schüsse aus einem Revolver auf eine Packersehefrau ab, wovon ein Schuß der Frau in das linke Auge drang. Die Verletzte wurde, nachdem ihr auf der Polizeiwache Mühlburg ein Notverband angelegt worden war, in das Städt. Krankenhaus verbracht. Der Täter ist flüchtig.

Festgenommen wurden: ein Ingenieur und ein Geometer wegen Paßvergehens, eine Arbeiterin wegen Obdachlosigkeit und ein Kaminfeger, der wegen Diebstahls zur Verhaftung ausgeschrieben war.

Veranstaltungen.

Städt. Konzerthaus. Heute Montag, abends 7½ Uhr, gelangt für den Verein Volksbühne O I „Das Glücksmädel" zur Aufführung. Zu dieser Vorstellung sind noch Karten für das Publikum an der Theaterkasse erhältlich. — Morgen Dienstag und täglich gelangt die Operette „Apachen" zur Wiedergabe. Am Mittwoch abend singt die Partie der „Gladies" Frl. Linel Scharte vom Stadttheater Kaiserslautern.

Baden-Badener Autoturnier.

(Eigener Bericht.)

Das Baden-Baden von gestern wurde mit dem Gymkhana bekannt gemacht. Im vorigen Jahre war das Import, Nouveauté — das Baden von heute kennt — nur eine Geschicklichkeitsprüfung im Autofahren. Rasch und Anpassungsfähig wie die Sprache ist die Technik. Das Turnier zeigte die Autofabrikation auf stolzer Höhe. Schon auf dem Weg zum Theaterplatz sah man die Vertreter dieser Industrie in ihrem vornehmen Bau oder in der edeln Physiognomie des Rennwagens, der die Kilometer verzehrt.

Auf dem Sammelplatz die Riesenattrappen von Reifenfabriken und Fahnen und Wimpel in den Farben des Erfolges. In der kräftigen Brise wiegt sich ein Ballon mit deutlichem Hinweis.

Die Witterung war der Veranstaltung wenig günstig. Trotzdem hatte sich das Publikum in großer Zahl im Kurgarten eingefunden. Kurz vor Beginn des Nachmittagskampfes goß es wolkenbruchartig herab. Es gab eine allgemeine Flucht auf die Terrasse. Das Turnier schien stark gefährdet. Aber das Programm konnte gerade bewältigt werden. Die Teilnahme an der Konkurrenz war wieder recht stark. Vormittags wurde eine Vorfahrt mit Brückenfahrt und Wenden, nachmittags eine Flaschenfahrt mit Rückwärtsfahrt absolviert. Von der Wippenfahrt hatte man diesmal abgesehen. Die Bedingungen waren recht scharf, aber die Erfüllung sehr unterhaltend. Man bekam eine Reihe sehr schöner moderner Typen an rassiger Form und stilvollem Austrag zu sehen. Die meisten Wagen machten den Eindruck höchster Eleganz. Natürlich verlangte die Fahrbahn des Kurgartens auch von den Führern — unter denen sich verschiedene Damen befanden — ein bemerkenswertes Maß von Leistungsfähigkeit. Und zwar um so mehr, als noch eine erhebliche Anzahl von künstlichen Hindernissen zu überwinden war.

Die Stärke der Motoren bedingte eine Klassifizierung. Unfälle kamen nicht vor. Kurz vor Beendigung der Nachmittagskonkurrenz entlud sich ein Gewitter mit Platzregen und Hagelschauer. Danach konnte noch eine Damenkonkurrenz erledigt werden.

Mit dieser Veranstaltung, die mit Preisverteilung und Ball schloß, ging das Turnier zu Ende. Es bildete in der Reihe der gesellschaftlichen Ereignisse der Bäderperle wieder einen Höhepunkt.

In der 5. Klasse fuhr Oberingenieur Sailer (Mercedes 28/95) am Nachmittag die gute Zeit von 1,31 Min. Sehr gute Resultate gab es in der 4. Klasse. Ing. Kappler steuerte einen 24/60 Benz in 1,16 Min. ans Ziel. Es folgte als nächster ein Austro-Daimler in 1,38; dann zwei Adler in 1,35 und 1,50 Min. In der 3. Klasse war die beste Zeit 1,36 Min. (Ing. Gast auf 14/30 Benz). H. Oskar Wagner (Opel) fuhr zwar nur 1,20, hatte aber die Schraube offen gelassen, so daß Strafpunkte zu erwarten sind. Die mittleren Wagen der 2. Klasse lieferten sich eine scharfe Konkurrenz. Dr. Nallinger fuhr auf 9/50 Benz 1,25 Min., Rasche 8/24 Dürkopp 1,26 Min., Schultze-Steprath (der vorjährige Gewinner des Batschariprieses) 10/30 Benz 1,28 Min. In der 1. Klasse errang Dr. Tigler auf Benz 6/16 die gute Zeit 1,23 Min., Hoffmann (Aga 6/20) 1,29 Min., Winter mit einem gleichen Wagen 1,30 Min. Die Damen, die in der Hauptkonkurrenz, mit Ausnahme von Frau Foleville, kaum aufkamen, fuhren unter sich noch eine besondere Konkurrenz aus.

Die Resultate sind:

Diesjähriger Gewinner des Batschari Wanderpreises Ing. Karl Kappler auf Benz Gaggenau 24/60 PS.

Ferner: 1. Sonderpreis von Peters-Union: Karl Kappler. 1. Continental Sonderpreis Ob.-Ing. Seidler auf Mercedes. 2. Continental Sonderpreis Karl Joerns auf Opel-Pallas Sonderpreis: van Eys auf Wanderer.

Geschicklichkeitsprüfungen Klasse V: 1. Ob.-Ing. Seiler auf Mercedes; 2. Generaldirektor Willi Hof auf Mercedes.

Klasse IV: 1. Ing. Kappler auf Benz Gaggenau; 2. Ewald Kroth auf Adler.

Klasse III: 1. Prinzessin zu Schaumburg-Lippe auf Mercedes; 2. Fritz Koch auf Steiger.

Klasse II: 1. Dir. Schultze-Steprath auf Benz; 2. Karl Jörns auf Opel; 3. Willy Rasche auf Dürkopp.

Klasse I: 1. van Eys auf Wanderer; 2. Eduard Winter auf Aga; 3. Dr. Tigler auf Benz.

Damenkonkurrenz: 1. Frau Foleville auf Steiger; 2. Frau Merck auf Steiger; 3. Baronin von Eickstett auf Brennabor.

*

Die Ergebnisse der Tourenfahrt (zweiter Teil) am 14. Juli nach Angabe des Bad. Automobilklubs (Sektion Baden) seien hier noch mitgeteilt: Steigungsprüfung auf der Straße von Schindelpeter nach Sand. Witterung: teilweise starker Regen, Nebel. Wegeverhältnisse: infolge des Regens schlüpfrige Wege und schwierig auf der Strecke der Bergprüfung (starke Kurven).

5. Klasse.

1. Oberingenieur Sailer auf 27,7 St.P.S. Mercedes, Wertfaktor 31,2. 2. Generaldirektor Willy Hof auf 27,7 St.P.S. Mercedes, Wertfaktor 33,7.

4. Klasse.

1. Fritz Kleemann auf 18 St.P.S. Adler, Wertfaktor 29,3. 2. Ing. Karl Kappler auf 24,4 St.P.S. Benz-Gaggenau, Wertfaktor 29,7.

3. Klasse.

1. Fritz Koch auf 10,5 St.P.S. Steiger, Wertfaktor 26,4. 2. Frau Ernes Foleville auf 10,8 St.P.S. Steiger, Wertfaktor 26,9. 3. Hans Czermak auf 12,7 St.P.S. Steyr, Wertfaktor 33,8.

2. Klasse.

1. Ing. W. Walb auf 10 St.P.S. Benz, Wertfaktor 24,2. 2. Karl Joerns auf 10 St.P.S. Opel, Wertfaktor 25,5. 3. M. Foleville auf 9,9 St.P.S. Steiger, Wertfaktor 25,8.

1. Klasse.

1. Dr. Tigler auf 6 St.P.S. Benz, Wertfaktor 23,5. 2. Frhr. v. Thüne auf 6 St.P.S. Mercedes, Wertfaktor 23,9. 3. Fabrikdirektor F. Wendt auf 6 St.P.S. Dixi, Wertfaktor 26,2.

Sehr gute Leistungen unter Berücksichtigung der schlechten Wegeverhältnisse (teilweise starker Regen und Nebel). Schwierige schlüpfrige Wege und starke Kurven auf der Rennstrecke. Durchschnittlich 8 bis 10 Prozent Steigung.

Verschiedene Drahtmeldungen

Internationaler Stenographenkongreß.

Dresden, 16. Juli. Vom 7. bis 10. August findet in Dresden der 12. Internationale Stenographenkongreß statt.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

Bern, 16. Juli. Die Zahl der gänzlich Arbeitslosen in der Schweiz betrug Ende Juni d. Js. 59 456, wovon 22 356 bei Notstandsarbeiten beschäftigt waren. Unterstützt wurden 23 242 Personen. Die Zahl der teilweise Arbeitslosen betrug im gleichen Zeitraum 30 629, so daß insgesamt 90 085 Personen von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Gegen Ende Mai d. Js. ist die Zahl um rund 15 300 gegenüber Ende Juni des letzten Jahres um rund 40 000 zurückgegangen.

Bunte Chronik

Einfluß der Sonnenflecken auf Krankheiten? Es ist eine allgemein verbreitete Ansicht, daß die Sonnenflecken auf das Wetter- und die Regen- und Trockenheitsperioden einen Einfluß ausüben. Die Richtigkeit dieser Ansicht hat sich aber bisher wissenschaftlich nicht einwandfrei erweisen lassen. Jetzt haben aber einige französische Gelehrte eine andere wichtige Feststellung über das Einwirken der Sonnenflecken auf unser Erdenleben gemacht, die sie in einer größeren Abhandlung der medizinischen Akademie in Paris bekannt gaben. Danach sollen die Sonnenflecken einen gewissen Einfluß auf eine Anzahl chronischer Herz-, Leber- und sonstige Leiden ausüben, und zwar verschlimmern sich diese Krankheiten angeblich, wenn Sonnenflecken in größerem Umfange auftreten.

Großfeuer in Berlin. In der Nacht zum Sonntag ist im Fabrikgebäude der Firma Ornstein & Koppel in der Hamburger Straße in Spandau eine Waggonhalle mit dem gesamten Inventar einem verheerenden Brande zum Opfer gefallen. Der Schaden geht in die Millionen.

Betrunkener Kraftwagenführer. Am 15. Juli, vormittags ½12 Uhr, fuhr ein Lastkraftwagenführer, der stark betrunken war, mit seinem Lastkraftwagen beim Schlachthof an einen Baum und war nicht mehr imstande, weiter zu kommen. Der Kraftwagenführer wurde zur Beseitigung des ordnungswidrigen Zustandes in polizeilichen Gewahrsam genommen, der Lastkraftwagen wurde durch die Polizei im Städtischen Schlachthof untergestellt.

Vom Wetter

Voraussichtliche Witterung: Meist trocken, sehr kühl, regnerisch und sehr windig.

Tagesanzeiger

Montag, den 17. Juli 1922.

Städt. Konzerthaus: „Das Glücksmädel" abends 7½ Uhr.

Mietzinsregelung.

Die Beratungen der Mietzinskommission wurden Freitag, den 14. Juli d. M., abends 8 Uhr, im kleinen Rathaussaal fortgesetzt. Als Vertreter des Anwaltsvereins war Rechtsanwalt Hug, seitens des Wohnungsamts Stadtbaurat Dr. Dommer erschienen, ferner nahmen neu Architekt Fleischmann und Stadtverordneter Kruse an der Beratung teil.

II.

Während im Regelfall die Grundmiete nach dem Steuerwert zu berechnen ist I), ist nach § 4 der bad. AusfVO. in besonderen Fällen, namentlich dann, wenn der Grundsteuerwert in einem offenbaren Mißverhältnis zu dem Wert steht, den das Gebäude tatsächlich am 1. Juli 1914 gehabt hat, das MEA. berechtigt, auf Antrag eines Vertragsteils einen anderen Gebäudewert zugrunde zu legen, oder die Grundmiete nach den Bestimmungen des § 2 des Reichsmietengesetzes festzusetzen. Für diesen Ausnahmefall hat mithin die Gemeindebehörde nach § 5 AusfVO. den Hundertsatz der darin enthaltenen Betriebs- und Unterhaltungskosten festzusetzen, der nach § 2 RMG. zwecks Errechnung der Grundmiete von der Friedensmiete eines Gebäudes in Abzug zu bringen ist. Nach § 3 AusfVO. ist der für Betriebs- und Instandsetzungskosten von der Friedensmiete abzurechnende Betrag auf mindestens 10 und höchstens 22 v. H. der Friedensmiete festzusetzen. Bürgermeister Schneider legt dar, daß die Berechnung für sechs Häuser der verschiedensten Stadtteile im Durchschnitt eine Friedensmiete von 6,74 v. H. und darin enthaltene Entschädigungen für Betriebskosten von 0,95 v. H. und Instandsetzungskosten von 0,4 v. H., zusammen 1,35 v. H. des Steuerwerts ergeben habe. Danach betrage der in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandsetzungskosten enthaltene Betrag 1,35/6,75, d. i. 20 v. H. der Friedensmiete, während die Grundmiete sich auch bei dieser Berechnung auf 5 v. H. des Steuerwerts belaufe. In Mannheim ist man zu einem Abzug von 16 v. H. der Friedensmiete für Betriebs- und Instandsetzungskosten gelangt. Stadtrichter Neukum hat den Durchschnitt von 12 verschiedenen Miethäusern berechnet und gelangt zu einem Abzug von 16 v. H., dem Mittel des in §3 Abs. 1 AusfVO. vorgeschriebenen Rahmens. Herr Abele hält einen Abzug von 20 v. H. für gerechtfertigt. Dem tritt Rechtsanwalt Dr. Kullmann bei unter Hinweis auf die preußische AusfVO., welche allgemein einen Abzug von 20 v. H. vorschreibt. Herr Architekt Willet gelangte bei seiner Durchschnittsberechnung zu einem Betrag von 16 v. H. an, in der Friedensmiete enthaltenen, Betriebs- und Instandsetzungskosten. Die Abstimmung ergibt schließlich eine erhebliche Mehrheit für einen Abzug von 20 v. H. für diese ausnahmsweise Berechnung der gesetzlichen Miete nach der Friedensmiete.

Hierauf schritt man zur Beratung über die Höhe der Zuschläge, durch deren Hinzurechnung nach § 3 RMG. aus der Grundmiete die gesetzliche Miete gebildet werden soll. Diese Zuschläge sind nach §§ 5 und 13 der AusfVO. grundsätzlich in Hundertsätzen der Grundmiete festzusetzen.

III.

Nach § 3 RMG. handelt es sich zunächst um einen Zuschlag für die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückswerts, soweit die Belastung in dem Bezirke, für den der Zuschlag festgesetzt wird, allgemein üblich war, und die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastung. Bürgermeister Schneider bringt eine gutächtliche Aeußerung der städtischen Sparkasse zum Vortrag, wonach die Kosten der Hypothekenbelastung sich im Durchschnitt gegenüber der Vorkriegszeit um 0,6 v. H. des Steuerwerts erhöht haben, schlägt jedoch der Einfachheit halber einen Satz von 0,5 v. H. des Steuerwerts gleich einem Zuschlag von 10 v. H. der Grundmiete vor. Man berücksichtigte, daß auch die Kosten der Erneuerung der Belastung infolge der Erhöhung der Gebühren nicht unwesentlich gestiegen, und daß auch im allgemeinen die Zinsen für nachstellige Hypotheken und Darlehen erheblich höher geworden sind. Nach längerer Erörterung beschloß die Kommission mit erheblicher Mehrheit einen Zuschlag nach § 3 Abs. 1 Ziff. 1 RMG. in Höhe von 12 v. H. der Grundmiete in Vorschlag zu bringen.

IV.

Was den Zuschlag für Betriebskosten betrifft, herrschte in der Kommission zunächst Einigkeit darin, daß die sämtlichen auch bisher zur Grundmiete zugeschlagenen Kosten und Gebühren zur Umlegung zu gelangen haben. Nach § 14 der bad. AusfVO. sind die Städte auf Grund des § 22 RMG. ermächtigt, die Zuschläge für Betriebskosten abweichend von der Regelung des § 3 Abs. 2 des Gesetzes (Festsetzung in einem Hundertsatz der Grundmiete) in folgender Weise festzusetzen:

1. entweder, daß alle Betriebkosten in ihrem nachgewiesenen tatsächlichen Betrag auf die einzelnen Mieter, soweit sie beteiligt sind, nach dem Verhältnis der Grundmieten oder einem anderen von der Gemeindebehörde zu bestimmenden Maßstab (z. B. der Wohnfläche) umgelegt werden;
2. oder, daß folgende Regelung getroffen wird:
   a) diejenigen vom Vermieter zu entrichtenden Betriebskosten, die für alle Häuser in gleicher Weise entstehen, sind in einem Hundertsatz der Grundmiete festzusetzen;
   b) diejenigen vom Vermieter zu entrichtenden Betriebskosten, welche nur für das einzelne Haus oder für den einzelnen Mieter entstehen, sind in ihrem nachgewiesenen tatsächlichen Betrag auf die einzelnen Mieter, soweit sie beteiligt sind, nach dem Verhältnis der Grundmieten oder einem anderen von der Gemeindebehörde zu bestimmenden Maßstab umzulegen.

Bürgermeister Schneider erörtert die verschiedenen Möglichkeiten und gelangt zu dem Vorschlag, allgemein die tatsächlichen, nachgewiesenen Kosten umzulegen. LGRat Dr. Fromherz unterstützt aus praktischen Gründen diesen Vorschlag, welcher der bisherigen Regelung der Stadt Karlsruhe entspricht. RA Dr. Kullmann regt an, zunächst darüber zu beraten, ob nicht gem. § 3 Abs. 1 Z. 2 RMG zu verfahren ist; was in Preußen vorgeschrieben sei, müsse auch in Baden möglich sein. Stadtrat Braun und LGRat Dr. Fromherz empfehlen die Umlegung der tatsächlichen Kosten, weil und soweit diese nachgewiesen werden können; dies fördere das gegenseitige Vertrauen der Beteiligten; die Festsetzung eines einheitlichen Hundertsatzes, zur Abgeltung aller Betriebskosten erzeuge Ungerechtigkeiten und Mißtrauen; die preußische Regelung sei schablonenmäßig und berücksichtige die örtlichen Verschiedenheiten zu wenig; auch innerhalb der Stadt bestünden zwischen den einzelnen Häusern große Verschiedenheiten; bei der Veränderlichkeit und dem Schwanken der Kosten und der städtischen Gebühren wäre der Stadtrat fortwährend genötigt den allgemeinen Hundertsatz neu festzusetzen. Das verursache Verwirrung, Streit und Mißtrauen. Danach sei die Regelung gem. § 14 Ziff. 1 der bad. Ausf.VO. vorzuziehen. Oberbürgermeister Dr. Finter unterstützt diesen Vorschlag mit weitern Gründen: eine große Zahl von städtischen Gebühren ist an sich nach einem Hundertsatz des Steuerwerts festgesetzt; wer insoweit den gesamten Hundertsatz von diesem Wert ermitteln wolle, brauche nur diese Hundertsätze zusammenzuzählen. Zur Zeit seien aber diese Gebühren in ihrer Höhe häufigen Aenderungen unterworfen; sie würden in Zeitabschnitten von 1 Jahr aber oft auch nach Monaten schon geändert; es müßte also jeweils wieder ein anderer Hundertsatz für die Betriebskosten im Ganzen errechnet und festgesetzt werden; das jeweils von einem bestimmten Zeitpunkt ab; das gäbe ein sehr verwickeltes Verfahren. Durch die Umlegung der nachgewiesenen Betriebskosten in ihrem tatsächlichen Betrag sei dem Hauseigentümer die Möglichkeit gegeben, den Nachweis der tatsächlichen Kosten zu führen; erst wenn wir stabilere wirtschaftliche Verhältnisse erhielten, sei die Festsetzung eines allgemeinen Hundertsatzes wenigstens für den Großteil der Betriebskosten zu empfehlen. Architekt Willet führte aus, daß es unmöglich sei, einen auf alle Häuser zutreffenden einheitlichen Hundertsatz für sämtliche Betriebskosten auszurechnen. Stadtrichter Neukum erkennt an, daß die Festsetzung eines Hundertsatzes die Berechnung im einzelnen Fall wesentlich erleichtere, und weist darauf hin, daß bei dem Zuschlag der Betriebskosten in dem nachgewiesenen tatsächlichen Betrag mit der Errechnung allein drei Beamte bei dem MEA in Anspruch genommen würden. Er hebt jedoch hervor, daß die Festsetzung eines einheitlichen Hundertsatzes zu den größten Ungerechtigkeiten führe, da nach den Erfahrungen des MEA in Karlsruhe die gesamte Höhe der Betriebskosten bei den verschiedenen Häusern bis zu 3 v. H. des Steuerwerts d. i. 60 v. H. der Grundmiete verschieden sei. Stadtverordneter Kruse betont, daß man in Karlsruhe mit der bisherigen Art der Berechnung der Betriebskosten in der tatsächlichen Höhe gute Erfahrungen gemacht habe; die Zusammenfassung in einen einheitlichen Hundertsatz erzeuge Verwirrung und Mißtrauen; die Anwendung des § 14 Ziff. 1 Ausf.VO. aber gebe den Beteiligten die Gewißheit, daß keine Ungerechtigkeiten vorkommen; bei einem einheitlichen Hundertsatz werden viele Mieter nicht imstande sein, die Miete nachrechnen zu können; das gegenseitige Vertrauen unter den Beteiligten müsse aber gefördert werden.

Schließlich beschloß die Kommission einstimmig, den Vorschlag zu machen, die Betriebskosten gem. § 14 Ziff. 1 Ausf.VO. in ihrem nachgewiesenen tatsächlichen Betrag der Grundmiete zuzuschlagen, wie das schon bisher der Fall war.

Dr. F.

Kirchliche Statistik in Baden.

In der Vorkriegszeit war die Zahl der Kirchenaustritte in unserm Land gering; sie betrug im Durchschnitt der Jahre 1904/13 bei der römisch-katholischen Kirche 652, bei der evangelischen Landeskirche 643 Personen im Jahr, d. s. 0,5 % der bei der Volkszählung im Jahr 1910 ermittelten Angehörigen der Römisch-Katholiken und der evangelischen Landeskirche.

Während des Krieges hat sich die Zahl der Kirchenaustritte erheblich verringert. Insgesamt sind in den fünf Kriegsjahren 1914/18 aus der evangelischen Landeskirche 1954, aus der katholischen Kirche 2368 Personen ausgetreten. Die geringste Zahl von Austritten zeigt bei beiden Kirchen das Jahr 1916, in dem 261 Evangelische und 372 Römisch-Katholiken solchen anmeldeten.

Seit Kriegsende nimmt die Zahl der Kirchenaustritte erheblich zu. Sie betrug bei der evangelischen Landeskirche im Jahr 1919 1334, stieg im Jahr 1920 auf 2493 und sank im Jahr 1921 auf 2021. Bei der römisch-katholischen Kirche betrug im Jahr 1919 die Zahl der Austritte 1068, stieg im Jahr 1920 auf 1881 und betrug im folgenden Jahr 1877.

Läßt man die Zahl der Uebertritte aus der katholischen zur evangelischen Kirche und umgekehrt außer Betracht, so zeigt sich, daß auf die Amtsbezirke mit den großen Städten der Hauptanteil der Kirchenaustritte entfällt. Beispielsweise sei angeführt, daß die Zahl der Kirchenaustritte (ohne Uebertritte) im Bezirk Mannheim in den Jahren 1920 und 1921 zusammen bei den Evangelischen 1589, bei den Katholiken 1186 ausmacht. Auf den Bezirk Pforzheim entfallen in den beiden Jahren zusammen 585 Austritte aus der evangelischen Kirche, 103 aus der katholischen. Im Bezirk Karlsruhe sind 474 Evangelische und 288 Römisch-Katholiken ausgetreten, im Bezirk Freiburg 193 bezw. 142.

Faßt man die Kirchenaustritte (ohne Uebertritte) in den letzten 20 Jahren zusammen, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 20 334 Personen, d. s. rund 1 % des Gesamtbestandes der evangelischen und römisch-katholischen Kirche, die der kirchlichen Organisation den Rücken gekehrt hat. Auf Grund dieser Zahlen wird man wohl den Umfang der kirchlichen Austrittsbewegung in unserm Land — trotz der Zunahme in den letzten drei Jahren — als gering bezeichnen.

Wie fest verankert die kirchliche Tradition im Volksleben unseres Landes ist, zeigt auch die vom Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg und die vom Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe veröffentlichte Statistik der kirchlichen Taufen, Beerdigungen und Trauungen. Vergleicht man die Zahl der im Zeitraum der Jahre 1911/20 in Baden geborenen und im Standesregister eingetragenen Kinder aus rein evangelischen, rein katholischen und aus Mischehen (ausschließlich der rein israelitischen und der sonstigen nicht christlichen Ehen) mit der Zahl der im gleichen Zeitraum getauften Kinder, so ergibt sich, daß in diesem Zeitraum insgesamt 468 241 Kinder geboren wurden, von denen 462 781, d. s. rund 99 % aller Geborenen getauft worden sind. Ungetauft blieben darnach insgesamt 5460 Kinder, von denen 3923 (d. s. 70 %) unehelicher Herkunft waren. Von den Kindern aus rein katholischen Ehen wurden in dem zehnjährigen Zeitraum 99,6, von den Kindern aus rein evangelischen Ehen 97,6, von den Kindern aus Mischehen 95,1 % getauft.

Von den 335 556 in den Jahren 1911/20 gestorbenen Personen haben ausweislich der kirchlichen Statistik 332 219, d. s. rund 99 %, ein kirchliches Begräbnis erhalten. 125 174 Personen sind evangelisch, 207 045 nach katholischem Ritus beerdigt worden. Die verhältnismäßig große Zahl der von der evangelischen Kirche beerdigten Personen steht vermutlich neben sonstigen Gründen mit der zunehmenden Zahl von Einäscherungen, bei denen die katholische Kirche die Teilnahme versagt, im Zusammenhang.

Von den 152 991 Ehepaaren, die im Zeitraum der Jahre 1911/20 eine standesamtliche Ehe eingegangen haben, sind insgesamt 135 557, d. s. 88 % kirchlich getraut worden; am höchsten war der Prozentsatz der kirchlichen Trauungen (91,8 %) bei den rein katholischen Ehen, bei den rein evangelischen betrug er 90,4, bei Mischehen nur 77,0. Rund 50 % aller Eheschließenden, die in dem genannten Zeitraum eine Mischehe eingegangen haben, ließen sich evangelisch trauen.

Schule und Kirche

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts gibt bekannt, daß 9 Lehramtspraktikanten in der Abteilung für alte Sprachen, 26 Lehramtspraktikanten in der Abteilung für neuere Sprachen und Geschichte und 11 Lehramtspraktikanten in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung in den staatlichen höheren Schuldienst übernommen worden sind.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.
Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Lgb.-Nr. 4144c 3 a 71 qm Bauplatz an der Uhlandstraße.
Schätzung: 11500 Mk.
Versteigerungstagfahrt: Dienstag, 22. Aug. 1922, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Kaiserstraße 184.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 23. Juni 1922.
Bad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Fahrnisversteigerung.
Donnerstag, den 20. Juli, nachmittags 3 Uhr, Luisenstr. 27: 1 aufgerichtetes Bett, 1 Nachttisch, 1 Kommode, 1 Sofa, Tische, Stühle, Bilder, Spiegel, 1 Küchenschrank, 1 Kochherd, 1 Gasherd mit Gestell u. dgl. m. **Boegler,** Ortsrichter-Vorsitzender.

Karlsruher Auktionshalle.
Inhaber: **Sasse & Marzluff**
Durlacher Allee 27 **Teleph. 2748 u. 4783**
Haltestelle Georg-Friedrichstraße.
Haben Sie?
Erbschaftsangelegenheiten, Auflösung des Haushaltes, Wegzug, einzelne Gegenstände, Warenlager. Wir kaufen, verkaufen und versteigern alles und geben event. auch Vorschüsse. — Beratungen und Schätzungen f. Kleinrentner u. Bedürftige kostenlos.

Bekanntmachung.
Gemäß Gesellschafterbeschluß vom 27./6. 22 wurde die Firma Südwestdeutsche Steinmetz-Brotgesellschaft m. b. H. in Karlsruhe aufgelöst u. die Liquidation beschlossen.
Der Kaufmann Carl Kost in Karlsruhe, Werderstraße 50, wurde zum Liquidator bestellt.
Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers A. Klingel ist beendet.
Auf Grund des § 65 des G., betr. die G. m. b. H., gebe ich die Auflösung der Gesellschaft hiermit öffentlich bekannt und fordere die Gläubiger auf, ihre Forderungen und Rechte bei mir geltend zu machen.
Karlsruhe, 14. Juli 1922.
Südwestdeutsche Steinmetz-Brotgesellschaft m. b. H., in Liq.
Der Liquidator.
Carl Kost.

Im **Laboratorium** ist für
Fräulein
m. höherer Schulbildung **Anfangsstelle** frei.
Chemisch-bakteriologisches Laboratorium
Dr. Lindner,
Kaiserstraße 80.

Färberei-Filiale
zu vergeben an tüchtige kautionsfähige Person. Angebote unter Nr. 1119 ins Tagblattbüro erbet.

Monatsfrau für tägl. 2—3 Std. morgens ges. Vorzustell. zwischen 9—11 u. 6—7 Uhr bei **Dr. Herbst,** Friedenstraße 3, III.

Männlich
Ausläufer
junger, kräftiger, nicht über 18 Jahre, zum 1. August gesucht.
Färberei D. Lasch, Sofienstr. 28.

Stevards
(Schiffskellner) als solche können ja Leute aller Berufe bei Schiff-Ges. mit. 3 bis 8 tsd. ℳ bei fr. Station verdienen. Näheres durch Auskunftsbüro **Herbert Senff,** Bln.-Friedrichshagen. (Rückporto).

Verkäufe
2 hochelegant. **Halbstores** (neu, Handarb.), preiswert zu verkauf., das **Standuhr,** dunkel Eiche, ebenf. preisw. zu verk. Bernhardstr. 7, II, lks.

Kaufgesuche
Haus
in guter Lage sofort von **Auslandsdeutschen** zu kaufen gesucht.
Max Busam
Herrenstraße 38.

Gesucht
per sofort in laufenden Lieferungen ca. 3000 Ztr garantiert reinen
Kuhstrohmist.
Angebote mit Preisangabe sind zu richten an Weingutsbesitzer **Fritz Bossung,** Edesheim (Pfalz).

Tisch-Bett-Wäsche
bearbeitet
Schorpp
Kragen-Wäscherei.

Tapeten
Reichhaltigste Ausw. niederste Preise. Uebernahme von Tapezierarbeiten.
H. Durand,
Douglasstraße 26.
Tel. 2435 b. d. Hauptp.
Lager in **Matten** und **Leisten.**

2340
rufen Sie an, falls Sie Wert darauf legen, daß die Vertilgung der
WANZEN
samt Brut sofort durch das leistungsfähigste Unternehmen am Platze gründlich vorgenommen wird.
D. V. G. U. Anton Springer,
Nur Ettlingerstraße 51

Ihr Paßbild
in wenigen Minuten nur im **Photograph. Atelier,** Herrenstr. 38.

Städtisch. Konzerthaus
Gesamtgastspiel des Neuen Operettentheaters Bonn
Direktion Adalbert Steffter.
Heute Montag, abends 7½ Uhr
Vorstellung für Verein „Volksbühne" O 1
Das Glücksmädel.
Morgen Dienstag abends 7½ Uhr
Apachen.
Mittwoch, 19. Juli abends 7½ Uhr
Apachen.
Gladies . . Liuel Scharto vom Stadttheater Kaiserslaut. a. G.

Trinkt Aachener Tafelwasser!
Generaldepot:
Alois Müller, Karlsruhe
Rheinstraße 42 **Telephon 1233.**

Bäder- u. Kuranzeigen
finden weitestgehende Verbreitung durch das
„Karlsruher Tagblatt".

Zu vermieten
Sommer-Aufenthalt
findet ruhig., ält. Ehepaar aus **guten** Kreisen in Priv.-Villa auf 700 m Höh. des nördl. Schwarzwald. Anfragen unt. Nr. 1126 ins Tagblattbüro erbet.

Offene Stellen
Fleißiges Mädchen
für Küche und Haushalt sofort oder 1. August gesucht gegen hohen Lohn.
Konditorei und Kaffee Karl Kaiser.